

Ad 22.11

Lfd. Nr. 70

Abs.: Dieter Linker
Käure-Str. 2
35315 Kornberg/Orn

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
Eing.: 19. Juni 2009	
Nr.:	Anl.:

01. Juni 2009

Vll

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mainzer Str. 80
65189 Wiesbaden

i.V. 19.6.

Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm in Umsetzung der EU-WRPRL
hier: meine Stellungnahme im Offenlegungsverfahren

Zentralregistratur	
Eing.: 19. JUNI 2009	
Gesch.-Z.:	Ad 22.11
Anl.:	-
Dok.-Nr.:	

19/6

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Landwirt halte ich die geplanten Maßnahmen auf den von mir bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen mit den genannten Gemarkungen, Fluren und Flurstücken (siehe Rückseite) aus folgenden Gründen für überflüssig und falsch:

19/6

1. Auf meinen Flächen sind Maßnahmen vorgesehen, ohne dass es dort Messungen der relevanten Parameter gab. Rein rechnerisch ermittelte Belastungspotentiale sowie Bewertungen angeblicher Phosphateinträge anhand erheblich veralteter Daten werden den optimalen wirklichen Gegebenheiten überhaupt nicht gerecht!
2. Dass die Pläne nur in Ihrem Hause, beim RP in Gießen und (benutzerfeindlich) im Internet einsehbar sind, entspricht meines Erachtens keineswegs den gesetzlichen Vorgaben an ein Offenlegungsverfahren. Vielmehr hätten Sie diese bei den betroffenen Kreisbauernverbänden, den Kreisen und den Gemeinden ausgelegt müssen!
3. Beabsichtigte Maßnahmen lassen sich anhand Ihrer Pläne weder zuverlässig verorten noch konkret beurteilen. Damit erschweren Sie sachgerechte Stellungnahmen in rechtlich bedenklicher Weise. Sollten Sie solche Behinderungen zu unserem Nachteile beabsichtigen, wäre mir das äußerst unsympathisch!
4. Hinsichtlich entstehender Kosten halte ich es für unerträglich, dass in wesentlichem Ausmaße Mittel der Landwirtschaft herangezogen werden sollen. Falls die fragwürdigen Maßnahmen der Allgemeinheit nutzen, muss es eine gerechte Verteilung der Lasten unter allen geben!
5. Einen Verlust landwirtschaftlicher Flächen in einem Umfange von 400 ha (alleine) im Vogelsbergkreis kann ich nicht akzeptieren, weil diese in Zukunft im Hinblick auf eine wachsende Weltbevölkerung unbedingt und mehr als je zuvor zum Anbau von Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen gebraucht werden!

Mit der dringenden Bitte um eine fachliche Berücksichtigung meiner Beanstandungen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift) Linker

